

Aus Bund und Ländern

Reform des Hochschuldienstrechts geplant

BERLIN. Eine von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, berufene Expertenkommission legte Empfehlungen zur Reform des Hochschuldienstrechts vor. Danach soll eine Juniorprofessur eingeführt werden, die es Nachwuchswissenschaftlern frühzeitiger ermöglicht, eigenverantwortlich zu forschen und zu lehren. Die Habilitation werde damit entbehrlich.

Ferner sollen die Professoren stärker leistungsorientiert besoldet werden. Geplant ist, ein einziges Amt mit einem festen Gehaltsbestandteil als Ausgangsbetrag zu bestimmen, der durch verhandelbare variable Gehaltsbestandteile ergänzt wird. „Die Besoldung der Professoren soll leistungsgerechter, aber insgesamt nicht weniger werden“, stellte Bulmahn klar.

Der Deutsche Hochschulverband kritisierte die Empfehlungen der Kommission heftig. Die neuen Regelungen würden dazu benutzt, Geld einzusparen, befürchtet Dr. Jens Göben vom Deutschen Hochschulverband. Der auf Medizinrecht spezialisierte Jurist sieht jedoch gerade für den Bereich der Medizin noch gute Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des Vertragsrechts. Skeptisch steht er der Einführung der Juniorprofessur gegenüber. Den Wegfall der Habilitation in der Medizin könne man jedoch unbefangener diskutieren als in anderen Fachbereichen. ER

Psychotherapeuten: Eigenständige Gebührenordnung

BERLIN. Mit der Gebührenordnung für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (GOP) sollen erstmals die Honorare für psycho-

therapeutische Leistungen bei Privatbehandlungen geregelt werden. Eine entsprechende Verordnung brachte das Bundesministerium für Gesundheit gemäß § 9 Psychotherapeutengesetz im Bundesrat ein.

Da bisher eine Gebührenordnung für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten fehlte und ihre Leistungen mit denen ärztlicher Psychotherapeuten identisch sind, wurden sie in der Praxis entsprechend der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) vergütet – an den Gebührensätzen ändert sich nichts.

Bei der Privatbehandlung von Beamten ist die GOP in Zukunft von Vorteil: Im Beihilfereich erhalten Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten bisher nur etwa zwei Drittel der GOÄ-Sätze. pb

Deutsche Zahnärzte nicht zu teuer

MÜNCHEN. Die Kosten typischer Zahnbehandlungen in Deutschland liegen im europäischen Mittelfeld. Dies ist das Ergebnis eines Preisvergleiches, den das Institut der Deutschen Zahnärzte in Köln und die Beratungsgesellschaft für angewandte

Systemforschung in Augsburg im Auftrag der Bundeszahnärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung angestellt hat. Bei keiner der elf untersuchten Behandlungsformen waren die deutschen Preise europäische Spitze. „Es muss Schluss sein mit Vorwürfen, die Behandlung in Deutschland sei zu teuer“, sagte der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. med. dent. Fritz Josef Willmes. EB

Ärzttekammer Berlin: Menschenrechte in der Türkei stärken

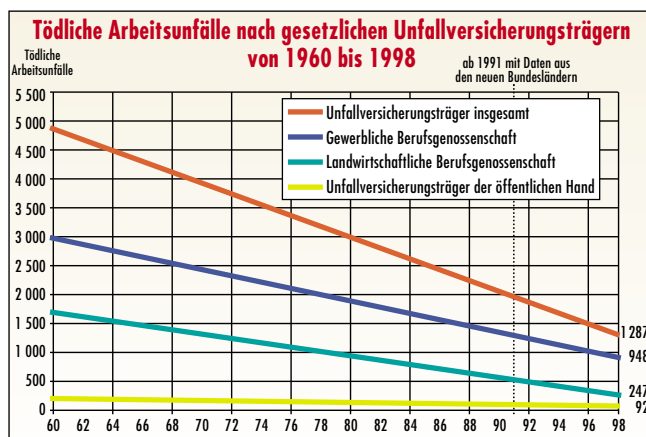
BERLIN. Die Ärztekammer Berlin hat die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, weiterhin Diplomaten als Prozessbeobachter in die Türkei zu schicken. Der dortigen Regierung müsse klar werden, dass das Land nur EU-Mitglied werden könne, wenn die Folter in türkischen Gefängnissen aufhöre und Menschenrechtsaktivisten nicht mehr unterdrückt würden. Die Kammer hatte sich mit der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, dem Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer und dem Arbeitskreis Medizin/Pflege von amnesty international in einem offenen

Brief an die EU-Staaten gewendet.

Britta Jenkins verfolgte für die Ärztekammer Berlin in Izmir drei Gerichtsverfahren gegen Ärzte, die für das örtliche Behandlungszentrum für Folteropfer der türkischen Menschenrechtsstiftung arbeiten: Dr. Alp Ayan, Prof. Dr. Veli Lök und Dr. Zeki Uzun. Ayan wurde im vergangenen September inhaftiert, weil er an der Beerdigung eines im Gefängnis umgekommenen Häftlings teilnehmen wollte. Lök hatte die Verhaftung öffentlich kritisiert und sitzt nun wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz auf der Anklagebank. Uzun ist angeklagt, Mitglieder einer illegalen Organisation zu unterstützen. Überraschend plädierte der Staatsanwalt in seinem Fall auf Freispruch. AE

Arzthelferinnen fordern höheres Einkommen

DORTMUND. Auf der 16. Bundeshauptversammlung des Berufsverbandes der Arzt-, Zahnarzt- und Tierarzthelferinnen e.V. (BdA) Mitte April in Dortmund äußerten sich die Delegierten überzeugt davon, dass die in diesen Berufsfeldern gezahlten Gehälter zu niedrig sind. Zudem sorgten schlechte Arbeitsbedingungen dafür, dass qualifiziertes Personal in fremde Berufe abwandere. Die Delegierten befürchteten in absehbarer Zeit „einen deutlichen Qualitätsverlust in der ambulanten Patientenversorgung“. Die Bundeshauptversammlung forderte deshalb, für die Arzt-, Zahnarzt- und Tierarzthelferinnen mehr Geld im System zur Verfügung zu stellen. Dazu sei es notwendig, dass Vertreterinnen des Berufsverbandes „an den künftigen Budgetverhandlungen beteiligt werden“. Verlangt werden zudem Qualitätssicherungsmaßnahmen, die gewährleisten, dass nur Fachkräfte abrechenbare Leistungen erbringen dürfen. TG



Seit Jahrzehnten ist die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle in Deutschland rückläufig. Nach dem jährlichen Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit ist die Zahl seit 1960 von rund 5 000 auf 1 287 im Jahr 1998 zurückgegangen. □